Die EU schadet dem Standort Europa

Autor(en): **Lipp, Silvan**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **87 (2007)**

Heft 3-4

PDF erstellt am: **03.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-167746

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Werten einer zivilisierten Gesellschaft. In der Schweiz gibt es mehr Freiheit und mehr soziales und wirtschaftliches Wohlergehen als in den meisten EU-Mitgliedstaaten. Falls die EU die Oberhand gewinnt, hätte sie damit ein Präjudiz geschaffen für ein Recht, in die Autonomie anderer Länder einzugreifen, ein Recht, das sich in der Geschichte bisher nur die Tyrannen angemasst haben.

In den USA ist im demokratischen Lager die Meinung verbreitet, die «Reichen» (mit einem Einkommen von über 200'000 Dollar) sollten über höhere Steuersätze vermehrt zur Kasse gebeten werden. Dabei wären aufgrund der einleitend angestellten Überlegungen folgende Fragen naheliegend: *Braucht* die Bundesregierung tatsächlich mehr Steuereinkünfte, oder leidet sie nicht viel mehr unter Verschwendung, Betrug, Missbrauch, Misswirtschaft und falschen Anreizen, die den Wohlstand des Landes spürbar beeinträchtigen? Tragen höhere Einkommen nicht schon einen unverhältnismässig grossen Anteil der Steuerlast? Sind nicht die gegenwärtigen Steuersätze für höhere Einkommen schon so hoch, dass diese Steuerzahler lieber ihre steuerbare Arbeit, ihre steuerbare Spartätigkeit und ihre steuerbaren Investitionen reduzieren, als zusätzliche Steuern zu bezahlen? Ist «Reichsein» gleichbedeutend mit einem hohen Einkommen in einem beliebigen Jahr?

Die bisherigen Erfahrungen weisen eher darauf hin, dass es den Menschen mit weniger Staat besser ginge als mit mehr Staat und dass höhere Einkommen schon jetzt steuerlich unverhältnismässig stark belastet sind. Wer Steuererhöhungen plant, besteuert nicht so sehr das Reichsein als vielmehr die Anstrengung, reich zu werden. Leider beruht die Diskussion um Steuererhöhungen in den meisten Medien und bei vielen Politikern nicht auf der rationalen Auswertung von Erfahrungen, sondern auf einer emotionalen Mischung aus Neid und Ignoranz.

Der Beitrag wurde von Reinhart R. Fischer aus dem Englischen übersetzt.

RICHARD W. RAHN ist Publizist und Vorstands- und Verwaltungsratsmitglied verschiedener wirtschaftspolitischer Organisationen, unter anderem des European Center for Economic Growth.

Die Beschränkung des zwischenstaatlichen System- und Steuerwettbewerbs durch Harmonisierung und Zentralisierung ist Gift für die Standortattraktivität Europas.

Die EU schadet dem Standort Europa

Silvan Lipp

Obwohl sich auch Europa im weltweit verschärften Standortwettbewerb befindet, zieht die EU es vor, steuerattraktive Staaten politisch, rechtlich und sogar moralisch («unfairer Steuerwettbewerb») zu attackieren – dies widerfuhr der Schweiz sogar als Nicht-EU-Mitglied. Der unfreundliche Angriff auf die Schweizer Steuersouveränität ist bedauernswert; doch besorgniserregender ist die eigentliche Harmonisierungsstrategie der EU, weil sie grundlegenden ökonomischen Prinzipien widerspricht. Die Beschränkung des Steuer- und Systemwettbewerbs wird damit begründet, dass ein *level playing field*, also ein Wettbewerbsfeld eingeebneter, gleicher institutioneller Bedingungen geschaffen werden müsse, um Wettbewerbsverzerrungen zu beseitigen. Ökonomische Entwicklungs- und Wachstumstheorien zeigen jedoch, dass nicht ein *level*, sondern ein *uneven playing field* zu entscheidenden Standortinnovationen führt. Von den einzelnen Gebietskörperschaften sind in einem harmonisierten «Wettbewerbsfeld» hingegen kaum Innovationen zu erwarten, da sie sich mit solchen der Gefahr aussetzen würden, von der EU wegen Wettbewerbsverzerrungen beschuldigt zu werden.

Die Folge der Harmonisierung ist eine wenig erfreuliche Verschiebung des Wettbewerbs: an die Stelle des transparenten, effizienten und innovativen Steuer- und Systemwettbewerbs zwischen den Staaten tritt ein schädlicher politischer Wettbewerb der gegenseitigen Bezichtigungen. Die Mitgliedstaaten streben Wettbewerbsvorteile nicht mehr primär über nationale Reformen zur Steigerung der eigenen Standortattraktivität an, sondern indem sie die EU-Kommission animieren, gegen steuerattraktive Staaten und deren angebliche «diskriminierende» Steuerpraktiken vorzugehen. Die EU-Kommission spielt mit und versucht, die Wettbewerbsposition der mit dieser Politik liebäugelnden Hochsteuerländer dadurch zu verbessern, dass sie über den politischen Weg die Kosten der Konkurrenten erhöht *(raising rivals' cost)*. Beabsichtigt ein Staat, eigenständig die

«Lebenswerk», 2000/02, polierter Gips, Holz, Messingschild, ca. 31 x 11 x 11 cm

Steuergesetzgebung zu optimieren, muss er sich gegenüber der EU rechtfertigen und wird gebeten, die weniger vorteilhaften EU-Regeln zu übernehmen.

Dass die EU mit dem auferlegten Verhaltenskodex dem Standort Europa erheblichen Schaden zufügt, liegt auf der Hand. Viele EU-Staaten sind gegenwärtig gezwungen, ihre attraktiven Besteuerungsgrundlagen aufzugeben und an die EU-Vorschriften anzupassen – entsprechend haben gerade diese Staaten wenig Interesse, die standortpolitisch interessante Steuergesetzgebung der Schweiz zu verteidigen. Es ist indes ein Irrglaube zu meinen, die international aktiven und mobilen Holding- und Verwaltungsgesellschaften würden im zunehmend steuerrestriktiven Raum Europa verbleiben. In Wahrheit finden schon heute infolge des EU-Steuerkartells Standortverlagerungen in Staaten ausserhalb Europas statt. Obwohl den EU-Funktionären das Problem bekannt ist, fehlt die Bereitschaft, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Anstelle des Eingeständnisses, dass man eine falsche Standortpolitik betreibe und mehr Wettbewerb auf die Dauer für alle mehr Vorteile brächte, wird der fiskalische Fischzug durch immer engere Fangnetze (etwa durch grenzübergreifende Zinsbesteuerung) intensiviert und perfektioniert. Ein Akt der Verzweiflung, der auf dem politischen Glauben an die Möglichkeit und Wirksamkeit von Kontrollen beruht. Die Wettbewerbsfeindlichkeit der EU offenbarte sich beispielhaft bei der Harmonisierung der Mehrwertsteuer, als nicht nur formell über eine einheitliche Bemessungsgrundlage, sondern zugleich auch materiell über einen Mindeststeuersatz von 15 Prozent harmonisiert wurde. Damit errichtete die EU nichts anderes als ein Steuerkartell, das den zwischenstaatlichen Steuerwettbewerb lahmlegte. Gelingt die heute noch auf Opposition stossende Harmonisierung direkter Steuern, ist – ganz im Sinne der Hochsteuerländer – eine europaweite Nivellierung der Steuerlast nach oben zu erwarten. Verlierer dieser EU-Politik sind nicht nur die aufgrund des «natürlichen» Wettbewerbnachteils (Ressourcenarmut) auf ein mildes Steuerklima angewiesenen Kleinstaaten, sondern der Standort Europa insgesamt. Möglich ist eine solche Politik der Wettbewerbsfeindlichkeit nur aufgrund eines besorgniserregenden Demokratie- und Wettbewerbsdefizits in der EU. Anstelle demokratischer Legitimation und innovativen Systemwettbewerbs setzt die EU auf selbstherrliche Politik und Gleichschaltung. Bedenklich ist insbesondere die zunehmende Zentralisierung der Machtbefugnisse in Brüssel, die durch angeblich notwendige Harmonisierungen legitimiert wird, in Wahrheit jedoch die Vielfalt Europas gefährdet.

> Die Schweiz tut auch 50 Jahre nach den Römer Verträgen gut daran, sich am internationalen Standortwettbewerb zu orientieren. Damit sichert sie sich nicht nur ihre internationale Spitzenposition, sondern gewährleistet auch den durch Wettbewerb bewirkten sparsamen Umgang mit Steuergeldern.

Der in Genf lehrende liberale Ökonom Wilhelm Röpke (1899-1966) sah bereits in den Römer EWG-Verträgen von 1957 eine gefährliche zentralistische, bürokratisierte und dirigistische Tendenz. Er sprach von einem eigentlichen Verrat an Europa wie auch an der Idee der *«Freiheit in der Verschiedenheit»* und warnte (unter anderem auch in verschiedenen Beiträgen in den «Schweizer Monatsheften») vor einem Beitritt. Die Schweiz tut auch 50 Jahre später gut daran, sich am internationalen Standortwettbewerb zu orientieren. Damit sichert sie sich nicht nur ihre internationale Spitzenposition, sondern gewährleistet auch den durch Wettbewerb bewirkten sparsamen Umgang mit Steuergeldern. Dabei spielen die föderalistischen und direktdemokratischen Institutionen eine entscheidende Rolle. Sie garantieren eine den lokalen Nachfrageunterschieden angepasste Vielfalt an öffentlichen Leistungsangeboten. Die von einigen Theoretikern und Politikern geltend gemachte Gefahr, Steuerwettbewerb führe zu einem ruinösen Wettlauf hin zum Nullsteuerstaat *(race to the bottom)*, widerspricht jeglicher Erfahrung. Es hat sich immer gezeigt, dass die Bürger für eine vergleichsweise kostengünstige, effiziente Infrastruktur bereit sind, entsprechende Steuern zu entrichten.

Nicht Harmonisierung und Dirigismus von oben, sondern Wettbewerb und direkte Demokratie schaffen Wohlstand und bessere Lebensbedingungen. Zudem kennt gerade die Schweiz dank der demokratischen Legitimation ihres Systems entsprechende Leitplanken für den Steuerwettbewerb. Wenn eine Mehrheit den Steuerwettbewerb als «unfair» taxiert, verliert er die demokratische Legitimation und wird eingeschränkt.

SILVAN LIPP, geboren 1982, studiert Geschichte und Volkswirtschaft an der Universität Freiburg und ist externer Projektmitarbeiter am Liberalen Institut.